



Offener Brief

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der Landeselternbeirat Baden-Württemberg (LEB) wendet sich heute mit seinem Anliegen direkt an Sie, da die zuständige Ministerin, Frau Dr. Eisenmann, sich offensichtlich unzulänglich um schulpolitische Belange kümmert. Vielmehr befindet sie sich bereits seit Pandemiebeginn im März vergangenen Jahres im Wahlkampfmodus bzw. kümmert sich ausschließlich um Microsoft 365 als Lernplattform, anstatt endlich dafür Sorge zu tragen, dass alle Schulen des Landes für die Unterrichtserteilung zumindest ausreichend ausgestattet sind.

Seit dem 12. Oktober 2020 fordert das RKI ab einer 7-Tage-Inzidenz von >50/100.000 den Wechsel von Präsenz- und Distanzunterricht. Dennoch hielt die Kultusministerin weiter stur am Präsenzunterricht in voller Klassenstärke fest. Am 16. Dezember mussten dann die Schulen vorzeitig komplett geschlossen werden – bei einer Baden-Württemberg-weiten Inzidenz von 191!

Dabei wurde unvernünftigerweise der Großteil der Schülerschaft OHNE Lernmaterialien oder gar Fernunterricht in vorgezogene Weihnachtsferien geschickt – lediglich Abschlussklassen durften(!) zu Hause weiter beschult werden. Welch ein Irrwitz: Wer sich an das sonstige Unterrichtsverbot nicht halten wollte, wurde abgemahnt! Ganz so, als seien nicht bereits im Frühjahr 2020 sehr viele Lerninhalte der Pandemie zum Opfer gefallen. Hier kommt das Fernunterrichtsverbot seitens der Kultusministerin einer Bankrotterklärung gleich!

Für die Zeit nach den Weihnachtsferien plant diese Kultusverhinderungsministerin erneut das gleiche Drama: Präsenzunterricht „unabhängig von den Inzidenzzahlen“. Ihre Begründung: „Schulen stehen nicht im Mittelpunkt des Infektionstreibens.“

Kinder und Jugendliche tragen vermutlich nicht mehr oder weniger zum Infektionsgeschehen bei als andere Bevölkerungsgruppen. Sie können sich aber – bekanntermaßen – infizieren und eine Infektion auch weitergeben.

Verschärfend kommt hinzu, dass in Bildungseinrichtungen viele Menschen auf engstem Raum zusammentreffen. Vermutlich existieren kaum Arbeitsstätten, an denen sich 20 und mehr Menschen stundenlang so dicht gedrängt aufhalten wie in Schulgebäuden und insbesondere Klassenräumen; selbst Großraumbüros sind i. Allg. großzügiger gestaltet.

Unterschätzt wird ferner, wie viele Lehrkräfte in verschiedenen Klassen, Jahrgängen und sogar Schulen unterrichten; diese kommen bei Unterricht in vier bis fünf Klassen arbeitstäglich mit Leichtigkeit in Kontakt mit hundert verschiedenen Haushalten.



Schulen mögen nicht die entscheidenden Treiber der Pandemie sein, sie können aber auf jeden Fall zu deren Eindämmung beitragen, wenn das baden-württembergische Kultusministerium sich in Monat 10 der Pandemie endlich bereit zeigen würde, effektive Maßnahmen zu ergreifen.

Der LEB erwartet von der Politik ernsthafte Bestrebungen für Unterricht im Wechselmodell – JETZT! Dazu gehören verkleinerte Klassen, Betreuungsangebote für alle Nicht-Präsenz-Beschulten bis mindestens Klassenstufe 7 sowie ein besonderes Augenmerk auf die SBBZ mit ihren speziellen Bedürfnissen.

Wir erwarten, dass Sie Ihre Richtlinienkompetenz als Ministerpräsident wahrnehmen und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Landes konsequent und faktenbasiert entscheiden.

Wir fordern, dass Sie eine „Corona-Schul-Konferenz“ einsetzen, ein Beratungsgremium zusammengesetzt aus Gremienvertretern und Fachleuten aus Virologie, Epidemiologie, Kinder- und Jugendmedizin, Sozial- und Entwicklungspsychologie, Pädagogik, Ministerien (Gesundheit, Kultus, Verkehr) usw., wie das beispielsweise in Niedersachsen seit Beginn der Pandemie gehandhabt wird.

Mit Hoffnung auf ein positives Ergebnis verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen

Für den 19. Landeselternbeirat

Michael Mittelstaedt
Vorsitzender

Stuttgart, den 3.1.2021